

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Sektion der 3. Internationale

Mit den Ortsbeilagen:

„Der Rote Stern“, „Der kommunistische Gewerkschafter“, „Rote Hilfe“, „Die Kommunistin“, „Der Genossenschaftler“, „Tribüne“, „Der Jungprolet“

Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Seit dem 1. April mit Ausnahme des Sonn- und Festtags... Einzelnummer 10 Pf. - Einzelnenpreis: Die 10 gepaltene Mitteilungsblätter oder deren Äquivalent 10 Pf. ...

Hauptvertriebsstellen: Berlin, Potsdamer Platz 10, ... Köln, ...

Der Bergarbeiterstreik an der Saar und in England

Kein Stückchen Kohle nach den Streitgebieten!

Am gestrigen Montag sind im Saargebiet circa 74 000 Bergleute in den Streik getreten. Die Belegschaften der unter französischer Verwaltung stehenden Kohlengruben haben geschlossen den Kampf aufgenommen...

Die Saarbergarbeiter sind unter dem Völkerbundsregime zur Verzweiflung getrieben worden. Sie werden in französischen Franken entlohnt und müssen den Inflationsraub der französischen Kapitalisten über sich ergehen lassen...

Gleichzeitig stehen jetzt die englischen Bergarbeiter vor einem Niesenkampf. Unter Berufung auf die deutsche Achtstundensicht unter Tage und unter Berufung auf die deutsche Schamlohnkonturrenz fordern die englischen Zechenherren...

Diese Bergarbeiterkämpfe im Saargebiet und in England, wozu noch die Konflikte in Nordfrankreich und Belgien kommen, gehen die gesamte Arbeiterschaft der Welt an...

Um den Steuerraub!

Die kommunistische Reichstagsfraktion gegen die kapitalistische Steuerpolitik der Lutherregierung

(Eigener Drahtbericht)

Berlin, 29. Juli. Im Vorkommerrat des Reichstages wurde gestern auf eine Frage des Präsidenten Löbe festgestellt, daß die Regierungsparteien beabsichtigen die Steuervorlage sämtliche Stats und auch die Zollvorlage in der Sitzungsperiode bis Anfang August zu erledigen...

Nach der verspäteten Eröffnung der Reichstags-Sitzung wurde dann in die Einzelberatung des Einkommensteuergesetzes getreten. Zu jedem Paragraphen sprach ein kommunistischer Redner. Zu den Paragraphen 2 bis 5 drangerte Genosse Koenen die unbeschränkte Einkommensteuerpflicht der Werktätigen gegenüber der beschränkten Einkommensteuerpflicht der Kapitalisten...

Nach 110 Uhr beantragte nunmehr Genosse Koenen die Verlegung der Sitzung. Er stellte fest, daß der Bloß der Steuerräuber gar keine Beschlußfähigkeit mehr habe. (Abg. Schulz (DnL) protestiert gegen diese Bemerkung.) Da auch die Demokraten und das Zentrum für den Verlegungsantrag stimmten, wurde dieser angenommen.

Der Plan der Steuerdrückerpartei, heute das Einkommensteuergesetz zu Ende zu führen, ist mißlungen. Nicht die Hälfte der Paragraphen des Einkommensteuergesetzes wurde erledigt. Die Wut der Regierungsparteien, von den Deutschnationalen bis zum Zentrum, daß die Kommunisten und mit ihnen auch die Sozialdemokraten zu jedem Paragraphen ausführlich sprachen und damit eine schnelle Annahme des Steuerraubes verzögerten, ist unbeschreiblich.

Wieder Regierungskredite an die Ruhrindustriellen und neue Stilllegungen

(Eigener Drahtbericht)

Berlin, 29. Juli. Die Zechenbarone der Ruhr haben bereits einen Erfolg ihrer Verhandlungen mit der Regierung zu buchen. Sie bekommen einen Kredit von 15 Millionen Mark aus Reichsmitteln. Die Herrschaften erklären trotzdem, daß der Beleg noch viel zu wenig sei...

Der „Sozialistische Bund“ für die Antikriegs-Lundgebung am 2. August

(Eigener Drahtbericht)

Berlin, 29. Juli. Georg Ledebour, der Vorsitzende des „Sozialistischen Bundes“ richtet an die „Welt am Abend“ eine Zuschrift, in der er die gemeinsame Beteiligung aller proletarischen Organisationen an der Antikriegs-Lundgebung am kommenden Sonntag fordert.

„Verfassen die Führer vor der dringenden Aufgabe der Vereinheitlichung der proletarischen Abwehr, dann müssen die Massen sie dazu nötigen. Deshalb appelliere ich an alle Klassenbewußten Arbeiter jeder Richtung, in dieser Stunde wachsender Not, zwingt im Interesse euer selbst und der gesamten Arbeiterbewegung Euer Führer zu gemeinsamen Aktionen gegen Zoll-, Mietwucher und gegen Kriegsgefahr.“

Es ist Pflicht des ADGB, sofort die notwendigen Maßnahmen vorzubereiten. Die Führung des Kampfes im Saargebiet entbindet den Bergarbeiterverband nicht davon, in den anderen Revieren über die Durchführung der Solidaritätsaktion zu wachen. Die internationale Solidarität der Arbeiter muß diesmal zur Tat werden, wenn nicht die Niederlage der Kämpfenden für die gesamte internationale Arbeiterschaft neue Not und neues Elend bringen soll.

Deutsch-französische Verständigung und Sicherheitspakt

Von Fred Meißner

In der Antwortnote der deutschen Regierung an Frankreich wird zum Schluss festgestellt, daß bereits eine bedeutende Annäherung der beiden Völker eingetreten sei. Sehen wir bei dieser Annäherung nicht nur auf die offiziellen Dokumente und ihre parlamentarische Behandlung, sondern werfen wir einen Blick auf den geschäftlichen Hintergrund dieser Dinge. Wir stellen zunächst eine Anzahl wichtiger Ereignisse im Vergleich des kapitalistischen Deutschland zum kapitalistischen Frankreich in den letzten Monaten fest:

1. Das deutsche Kapital hat mit den französisch-österreichischen Kapitalisten ein Abkommen abgeschlossen, das einen Versuch darstellt, das deutsche Marktmonopol der Vorkriegszeit durch ein französisch-deutsches Monopol zu ersetzen.

2. Zwischen der chemischen Industrie Frankreichs und der deutschen chemischen Interessengemeinschaft unter Führung der Badischen Soda- und Anilinfabrik haben in Paris Verhandlungen stattgefunden, die eine Kartellierung nicht nur der deutschen und der französischen, sondern der kontinental-europäischen Farbenindustrie (d. h. gleichzeitig Giftgas- und Sprengstoffindustrie) vorbereiten. Der spätere Verkauf von Patenten der Badischen Anilinfabrik an Frankreich war hierzu bereits ein sehr wichtiger Schritt gewesen.

3. Der Welt-Film-Kongress hat mit der französischen Arbeiterorganisation eine Interessengemeinschaft abgeschlossen, die eine gemeinsame deutsch-französische Herstellung- und Abgaborganismen für Filme darstellt.

4. Zwischen dem deutschen Warenhauskonzern Ary Zehnder und einem französischen Warenhauskonzern ist eine Interessengemeinschaft in Form einer Einkaufsgemeinschaft abgeschlossen worden.

Zu solchen Vereinbarungen treten als wichtigste die der deutschen und der französischen Schwerindustrie hinzu. Ende Juni wurde das Ergebnis der monatelang hingezogenen Verhandlungen bekannt: Die Abmachungen, die die deutsche Schwerindustrie mit den Vertretern der Schwerindustrie (Eisen, Kohlen, Eisen, Luxemburg und des Saargebietes in Luxemburg geschlossen hatten. Der Inhalt dieses Abkommens: die deutschen Vertreter verpflichten sich, jährlich eine bestimmte Menge Rohisen, Walzwerkzeugnisse und Fertigfabrikate aus den genannten Schwerindustriellen Gebieten abzunehmen und zwar aus dem Saargebiet 30 Prozent aus Lothringen und Luxemburg zum halben Zollfuß. Die selbige Menge Rohisen setzen sich folgendermaßen zusammen (in tausend Tonnen):

	Rohisen	Halbzeug	Fertigfabrikate
Saar	55,0	53,0	635,0
Lothringen	212,0	106,1	212,1
Luxemburg	74,3	190,9	212,1
Zusammen	341,3	350,0	1060,2

Das gesamte Kontinent würde demnach 1751600 Tonnen betragen, es soll sich jedoch praktisch nach den Verhältnissen der deutschen Rohstoffgemeinschaft richten. Die Rohstoffgemeinschaft hat infolge der Abnahme ihre ursprünglich vorgesehene Produktionsmenge um 25 Prozent auf 1. Juli eingeschränkt. Wir erlauben somit ausdrücklich für die einzelnen genannten Kategorien folgende Mengen:

Rohisen	256 000 Tonnen
Halbzeug	262 000 "
Fertigfabrikate	795 000 "

Insgesamt: 1313 000 Tonnen

Wie die Zahlen zeigen, macht der Prozentfuß des Rohisen-Imports nach diesen Abmachungen nur 19,1 Prozent aus, alles übrige entfällt auf Fertigfabrikate und Halbzeug, und zwar ist der Anteil der Fertigfabrikate dreimal so groß als der von Halbzeug. Das bedeutet, daß es sich bei der Zollherabsetzung um ganz erhebliche Summen handelt. Während der Zoll auf Rohisen nach dem beschriebenen Zollfuß 10 Prozent pro Tonne beträgt, liegt er für Halbzeugfabrikate auf etwa 50 Prozent im Durchschnitt, für Fertigfabrikate auf noch wesentlich höheren Beträgen. Nehmen wir einen durchschnittlichen Zollfuß von nur 50 Prozent pro Tonne des abgemachten Kontingents an, so ergibt sich, daß die Zollherabsetzung für die Saarzone aus dem Saargebiet (zollfrei) 32,5 Millionen, für die aus Luxemburg und Lothringen (halber Zoll) etwa 16 Millionen Mark, insgesamt also fast 50 Millionen Mark ergibt. Die deutsche Regierung, die gemäß diesem Abkommen auf diese Zoll-herabsetzungen in Höhe von fast 50 Millionen verzichten soll, tut das nicht zugunsten einer Entlastung des Preisniveaus, sondern lediglich zugunsten der Rohstoffgemeinschaft, die alle Importzölle in ihrer Hand vereinigt und so wie eigene Produkte zu Monopolpreisen weiterverkauft. Mit anderen Worten: durch ihres Zollherabsetzungen in Höhe von fast 50 Millionen saugert die deutsche Regierung das schwerindustrielle Geschäft der deutschen mit den französischen Kapitalisten.

Außerdem bedeutet eine solche Abmachung, daß mit ihrem Inkrafttreten die Einfuhrquote der Rohstoffgemeinschaft noch vergrößert werden muß. Beträgt doch das Einfuhrkontingent der Rohstoffgemeinschaft bis Doppelte im Jahr der Produktion der Rohstoffgemeinschaft in einem Monat. Anders ausgedrückt: Die Arbeiterorganisationen in Hütten und Bergwerken, insbesondere im Ruhrgebiet, müssen bei Inkrafttreten dieses Abkommens einen unerbittlichen Kampf aufnehmen.

Während aber einerseits Zehntausende von Arbeitern auf die Straße gesetzt werden, verlieren die Werke der Rohstoffgemeinschaft dadurch keinen Pfennig, da sie das billige, zollfrei oder zu niedrigem Zoll importierte Eisenbahnmateriale zu hohem Monopolpreis weiterverkaufen können.

Dies privatkapitalistische Abkommen ist noch nicht in Kraft getreten, das soll erst geschehen, wenn der amtliche Handelsvertrag zwischen Deutschland und Frankreich, an dem seit 9 Monaten gearbeitet wird, fertig sein wird. Die Handelsvertragsverhandlungen wurden Anfang Juli bis auf den 15. September vertagt. Inzwischen ist nur ein Abkommen in Kraft gesetzt, das sich auf das Saargebiet bezieht, aber auch das nur auf einen Teil. In diesem Abkommen stehen Bergabmachungen für Eisenprodukte für die Einfuhr nach Deutschland (Schmelzglas, Keramik, Eisenzeugnisse, Maschinen) treten Bergabmachungen für die Einfuhr deutscher Produkte nach dem Saargebiet gegenüber.

Es wäre aber falsch, anzunehmen, daß das Luxemburger Abkommen nur deswegen nicht zustande gekommen ist, weil die offiziellen Vertragsverhandlungen noch zu keinem Ergebnis geführt haben. Das konnte in den letzten Monaten beobachtet werden, daß die offiziellen Verhandlungen gediehen oder stockten, je nach dem die privaten Verhandlungen zwischen den deutschen und den französischen Schwerindustriellen und dieser mit belgischen und englischen Gruppen vertrieben. Kurz vor dem Abschluß der Pariser Handelsvertragsverhandlungen war nun eine Verständigung in Brüssel andernhergegangen, die sich mit der Wiedererrichtung eines internationalen Eisenbahnpaktes beschäftigte. Sie verschiedene Kontingente hatten sich über die Quoten dieses schon in der Vorkriegszeit bestehenden Paktes noch nicht einig werden können. Es sei bemerkt, daß es sich heute nicht nur um die Wiedererrichtung dieses Eisenbahnpaktes handelt, sondern daß insbesondere Deutschland mit Entscheidung auf eine Kartellierung der gesamten europäischen Eisenbahn-

betriebe, also Schaffung eines europäischen Eisens- und Stahlpaktes hingearbeitet wurde. Die Frage nach den Quoten der einzelnen Interessenten war es in Wirklichkeit, die auch die offiziellen Handelsvertragsverhandlungen wieder einmal zum Scheitern brachte.

Wie im Ruhrkrieg wird von der Schwerindustrie für die Durchsetzung ihrer Quoteninteressen bei solch einem Pakt das nationale Interesse in den Vordergrund gerückt. Dabei ist es freilich heute noch wesentlich deutlicher, wie stark zugleich hinter dem nationalen Widerstand gegen Forderungen der französischen Schwerindustrie zum großen Teil englische und amerikanische Kapitalinteressen stehen; das deutsche Kapital wird von ihnen ausgenutzt, um in ihrem Interesse die französischen Machtpläne etwas einzugehen.

Auf dem französischen Kapital liegt bereits der Druck, den England und Amerika in der Schuldentage ausüben. Die beiden Staatsbankrottverwaltungen, Mr. Montagu Norman von der Bank of England und Benjamin Strong von dem Federal Reserve Board of New York, sind nicht zufällig in dem Moment in Berlin eingetroffen, wo der endgültige Text der deutschen Antwortnote im Auswärtigen Amt festgelegt wurde, und sie sprachen auch weniger beim Reichsbankpräsidenten als eben beim Auswärtigen Amt von dem Ergebnis. Wo entfällt die deutsche Antwortnote irgendeinen Punkt, mit dem das englische und amerikanische Kapital nicht einverstanden wären? Wie könnte es die deutsche Regierung wagen, an der französischen Bündnispolitik auch nur die leiseste Kritik zu üben, wenn sie nicht — wenigstens hierbei — die Kapitalmächte von London und New York hinter sich hätte?

Bei all diesen Dingen handelt es sich, wie wir gesehen haben, immer noch um die Frage nach der Route — wie im Ruhrkampf. All diese Dinge gehen vor sich, indem jeder Kampf, jeder Pakt auf dem Rücken der breiten Volksmassen ausgeht, wie im Ruhrkampf. Wir befinden uns gegenüber dem Ruhrkampf in einem weiteren Stadium der Kämpfe und der Verträge der internationalen Bourgeoisie unter sich. Trotz dieser „Fort-schritte“ der Bourgeoisie, trotz der „Annäherung“ der verschiedenen Interessen, von der die deutsche Rote sprach, ist die Lage der Arbeiterklasse nicht besser geworden, sie wird es auch nicht werden. Wir haben gesehen, daß die Dinge, die beim Saar-abkommen und zum Garantipakt mitspielt haben, sich zu 99,9 Prozent nicht in Parlamenten abspielt haben. Schon das zeigt die Unmöglichkeit, den Garantipakt nur mit parlamentarischen Mitteln bekämpfen zu wollen!

Vom Tage

Die polnische Fraktion hat an die deutschnationale ein Schreiben gerichtet, in der sie erklärt, daß sie von einer Obstruktion gegen den Zollwucher Abstand nehmen würde.

Der Verband der Unternehmer des Baugewerbes hat für heute eine außerordentliche Generalversammlung nach Hannover einberufen, um weitere Kampfmaßnahmen zu beschließen.

Die Reichsministerien der Kaliarbeiter hat die Kündigung des Lohnvertrages beschlossen. Die Organisationsleitungen sollen Maßnahmen zum Zwecke der Arbeitszeitverkürzung einleiten.

Für die oberste Eisenindustrie besteht die Absicht in aller nächster Zeit 20 Prozent der Angestellten und Arbeiter zu kündigen.

Die Verhandlungen der Zimmerleute in Berlin sind gescheitert. Der Streik geht weiter.

Die deutsch-luxemburgische Bergwerksgesellschaft wird ihre Aushubarbeiten Friedrich, Glöckner, Siebhu, Biendachshaus künden, wozu 3000 Arbeiter und Beamte betroffen werden. Diese Schachtanlage will man erkaufen lassen.

In der Abstimmung über die Ablehnung der Lohnforderung stimmten 90 Prozent der Gemeindefunktionäre von Rheinland-Westfalen für den Streik. Heute finden Verhandlungen vor dem Schiedsrichter statt.

Die kommunistische Jugend und der Rote Jungsturm Berlins rief gestern zu einer großen Kundgebung auf, die von 3000 Jugendlichen besucht war. Eine anschließende Demonstration wurde von fünf Schupoautos auseinandergetrieben.

Zum Tode des Grafen Eichhorn sind bei der Zentral-nou der K. P. Holland und anderen Sectionen Beileidstelegramme eingegangen.

Das Gemeindeparlament von Walldorf bei Meltingen, ferner die Volksversammlung des DRK München-Gladbach und die Kreisversammlung in Börschedt sprachen sich für die Vollamnestie der politischen Gefangenen aus.

Das Berliner Tageblatt setzt seine Enthaltungen über die polnische Woydeme fort. Es weist zahlreiche neue Worte der Geschichte nach.

Auf einer Ziegelei in Heinsberg bei Dortmund fielen 4 Arbeiter in den glühenden Ziegelföfen. 2 waren sofort tot, die anderen waren tödlich verletzt.

Der französische Arbeitsminister erklärte den Bergarbeitern der Saarbergarbeiter, daß eine Lohnherabsetzung nicht bewilligt werden könne.

Der Bund der Riffabylonen auf die französische Front verhielt sich wieder. Die Franzosen mühten den Brückenkopf von Zandula aufgeben.

Die englische Regierung hat ein Schiffsbauprogramm veröffentlicht, das den Bau von 20 neuen Kriegsschiffen im Werte von 58 Millionen Pfund vorsieht.

Die Verhandlungen zwischen den Unternehmern und Arbeitern der polnischen Landwirtschaft wurden gestern ergebnislos abgebrochen. Die Arbeiter kündigten den Generalstreik an.

Das mexikanische Auswärtige Amt hat an alle mexikanischen Konsulate Anweisung gegeben lassen, Kommunisten keine Pässe für Mexiko auszustellen.

Berichtet aus „großer Zeit“

Proletariat! Arbeiterkorrespondenten! Ortmet euch! Nehmt die Feder in die Hand und schreibt eure Erfahrungen auf, kurz und knapp. Schildert euer Leben in den Schlammtrüben Flanderns, wenn ihr im Jagel der 38cm-Granaten in strömendem Regen mit der breiten Axt am Schützentramp laßt, während in den Spiegel-sälen von Gent und Antwerpen das Offiziersgestühl mit den Vorbellmäßen herumtagt. Ihr, das „Kanonenfutter“ aus „Großer Zeit“ sollt euren Feinden die Wahrheit sagen, die euch mit stinkigem „Drahtverhau“ überlegen, den ihr euch in zweifelhafter Jagd auf Leben und Tod an den Feldern in West- und Ost-Flandern, von willigen Offizieren hinter den Rückenstellungen holen müßt und die Offiziersburken bedient.

Ihr Munitionsarbeiterinnen! Schildert eure Erfahrungen in den Kofferten, wo die Geld- und Bräutungsarbeiten gefüllt wurden, die eure Haare grün machen und ihr für einen Hungerlohn Leben und Gesundheit „fürs Vaterland“ geopfert habt. Ihr Arbeiterfrauen! Denkt daran, wie ihr um einige Gramms Fett, um einen Bissen (schlechtes) Keksbrot kundenlang streben müßt und zugleich die Kasse der Fabrikanten bis zum Rand gefüllt waren. Sendet sofort diese kurzen, wahrheitsgetreuen Berichte an die Redaktion. Beantwortet in der Hauptsache folgende Fragen:

1. Wie hat es in Wirklichkeit an der Front ausgesehen?
2. Wie hat es in Wirklichkeit in der Steppe ausgesehen?
3. Wie sah es in den Kriegsbetrieben aus?
4. Wie war die wirkliche Lage der Hausfrauen im Hinterland?

Arbeiterkorrespondenten, proletarische Frontkämpfer! Greift zur Feder und schreibt sofort kurz und präzise die Antwort. Wir werden sie veröffentlichen.

Die Lebensmittelzölle im Reichstagsauschuß

Berlin, 29. Juli.
Der Handelspolitische Ausschuss des Reichstages setzte am Dienstag seine Beratungen über die Agrarzölle mit den Positionen Vieh, Fleisch, Mele, Fette, Butter, Käse, Fische, Geflügel usw. fort. Die Regierungsparteien forderten Mindestzölle für Vieh und Viehprodukte.

Genosse Buch trat dieser Forderung auf das nachdrücklichste entgegen und wies darauf hin, daß ein Widerspruch darin liege, Schutz für landwirtschaftliche Produkte unter Hinweis auf die hohen Industriezölle zu fordern, die von den Vertretern der Landwirtschaft erst vor wenigen Tagen der Industrie bewilligt worden seien. An wen sollen denn die Bauern ihre Produkte abgeben, wenn schon heute die breitesten Kreise der städtischen Arbeiter- und Angestelltenklasse sowie die unteren Beamten minderwertiges Gefrierfleisch statt Frischfleisch, Margarine statt Butter kaufen müssen? Wenn diese Produkte noch durch Zölle weiter verteuert werden, so wird der Absatz noch schwerer und damit bleibt eine wirkliche Hilfe für den kleinen und mittleren Landwirt aus.

Weitere trat er für Steuererleichterung für den kleinen und mittleren Landwirt sowie für Förderung der Intensivierung der Klein- und Mittelbetriebe durch Gewährung von langfristigen, billigen Staatskrediten sowie für Schulung und Belehrung der Kleinbauern u. dergl. ein.

Nach den Ausführungen verschiedener Sozialdemokraten, die sich ebenfalls gegen diese Zölle aussprachen, nahm Genosse Soerrie noch zu den Positionen Milch, Butter, Eier, Gefrierfleisch, Fische usw. Stellung. Mit aller Schärfe schilderte er die Auswirkungen dieser Zollpläne auf die proletarischen Massen. Die Regierungsparteien einschließlich des Zentrums hielten es nicht für nötig, in allen bisherigen Sitzungen zu den Argumenten Stellung zu nehmen.

Luther für Durchpeitschung der Zollvorlage

(Eigener Drahtbericht.)
Berlin, 29. Juli.
Gestern fand eine Besprechung zwischen dem Reichstags-leiter Luther und den Führern der Regierungsparteien statt. Luther wandte sich scharf gegen eine etwaige Verzögerung der Zollvorlage. Die Lage sei außerordentlich ernst.

Krise im englischen Bergbau

(Eigener Drahtbericht.)
London, 29. Juli.
Die Bergwerksbesitzer erüben sich angesichts des drohenden Generalstreiks mit allen Mitteln, die Einheitsfront der Bergarbeiter zu durchbrechen. Sie erklären ihre Bereitschaft mit den Belegschaften ihrer Zehntausende Lohnabkommen abzuschließen und bieten äußerst günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen in gewissen Gebieten an. Die Gewerkschaften haben bis jetzt den Abschluß von örtlichen Lohnabkommen strikt abgelehnt. Der Gewerkschaftsverband hat Weisung erteilt, unter keinen Umständen Sonderabkommen mit den Unternehmern zu treffen. Zwischen dem Bergarbeiterverband und dem Internationalen Gewerkschaftsbund sind Beratungen im Gange über die Haltung der Berg- und Transportarbeiter auf dem Kontinent im Falle eines englischen Bergarbeiterstreiks. Der Sekretär der englischen Bergarbeiter Soof meint, daß bei einem englischen Kohlenstreik keine Kohlenlieferungen vom Kontinent nach England besördert würden.

Mit Hochdruck an die Arbeit

Diese Woche beschäftigt sich der Reichstag mit dem Schein-Annektionsvertrag der Lutherregierung. Wenn diese Schand-Annektie verhindert werden soll, müssen diese Woche in Deutschland noch Millionen Unterschriften gesammelt werden. In Schlesien müssen es mindestens 100 000 werden. Darum haben diese Woche alle, die die Befreiung der polnischen Befangenen erstreben wollen, Unterschriften zu sammeln. Kein Streik, kein Hunger und kein Verleumdungs-lauf darf übergegangen werden. Darüber hinaus sind in jedem Betrieb, Gewerkschaft oder Arbeiterverein Resolutionen für die Vollamnestie anzunehmen.
Heraus mit den politischen Befangenen!

Diese Woche ist für die Rüstung für den Antikriegstag am 2. August
Alle Kraft muß darauf konzentriert werden, unsere Kundgebung zu einer machtvollen Demonstration zu gestalten

Gegen monarchistische Reaktion und imperialistische Kriegsgefahr

Ein offenes Schreiben an das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

An den
Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold
a. H. des Herrn Hörsing, Magdeburg,

Die Bundesleitung des Roten Frontkämpferbundes hat beschlossen, sich mit folgendem Schreiben an Sie zu wenden:
In Deutschland ist die Gefahr der monarchistischen Reaktion in keinem Augenblicke begriffen. Die Wahl Hindenburgs hat eine entscheidende Wendung zugunsten der Rechtsorganisationen gebracht. Kein Zweifel tritt das in Erscheinung durch das häufigere und stärkere Auftreten der Rechtsverbände und durch deren Parolen, die durch die Teilnahme ehemaliger Prinzen und Monarchen zu offenen monarchistischen Demonstrationen gestempelt werden. Das aggressive Vorgehen der Angehörigen der Rechtsverbände gegen Angehörige des Reichsbanners, des RFB und anderer Arbeiterorganisationen und Institutionen (Niederfall auf die sozialistische Druckerei in Rensfeld) ist ein weiteres Symptom des Erstarkens der Reaktion, Hand in Hand mit dem Anwachsen der monarchistischen Gefahr geht die wirtschaftliche Offensivbewegung der Arbeiter und Angestellten. (Zölle, Steuerlasten, Lohnabbau, Raub des Achtstundentages.) Wir roten Frontkämpfer haben über die bestehende Republik eine grundsätzlich andere Ansicht als Sie. Doch haben wir Interesse an der Abwehr der monarchistischen Gefahr und an der Abwehr neuer wirtschaftlicher Lasten für das arbeitende Volk.

Die Lage für die werktätigen Massen in Deutschland wäre an sich Grund genug, daß alle Organisationen, die sich in der Hauptsache aus Arbeitern und Angestellten rekrutieren, gegen die genannten Gefahren mit allen Mitteln ankämpfen. Es kommt aber zu der innerpolitischen Situation noch verschärfend hinzu, daß über dem gesamten Proletariat

Die Gefahr neuer Kriege

schwebt. Die französischen Imperialisten haben durch den Raubzug in Marokko bereits die Fackel zu einem neuen Weltkrieg entzündet. In China bereiten die imperialistischen Mächte einen neuen Unterdrückungsgegenstand gegen das chinesische Volk vor. Es handelt sich in beiden Fällen nicht um die Erhaltung der "Zivilisation". In beiden Fällen handelt es sich vielmehr um imperialistische Raubzüge zwecks Ausbeutung der reichen Bodenschätze und Naturkräfte beider Länder.

Wohl spielen sich die kriegerischen imperialistischen Konflikte momentan noch nicht auf deutschem Boden ab, doch haben wir genau so wie die unmittelbar beteiligten Völker als deutsche Arbeiterklasse das größte Interesse, gegen die imperialistischen Kriege mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln anzukämpfen und neuen Kriegsgefahren vorzubeugen.

Wenn durch das Angebot, das die deutsche Regierung Frankreich in dem sogenannten Garantiefall gemacht hat, ist auch für Deutschland die Gefahr einer unmittelbaren Einbeziehung in neue kriegerische Konflikte akut. Wenn der Garantiefall zum Abschluß kommt, ist damit festgelegt, daß Deutschland zum Aufmarschgebiet der imperialistischen Westmächte gegen Sowjetrußland wird.

Die Internationale der Kriegsoffer und ehemaligen Frontkämpfer. Sie sich aus Delegationen der verschiedenen Länder zusammensetzt, veranstaltet jedes Jahr in der Zeit von Ende Juli bis Anfang August, den Vortages des Ausbruchs des letzten Weltkrieges, eine internationale Kampagne gegen neue imperialistische Kriege und Kriegsgefahren unter der Parole:

Krieg dem Kriege.

Auch in diesem Jahr ruft das Exekutivkomitee der Internationale der Kriegsoffer zu einer

Antikriegswoche vom 26. Juli bis 2. August

im internationalen Maßstab auf. Sie wendet sich an alle proletarischen Organisationen und Parteien, die es ernst meinen mit dem Kampf gegen den Krieg, zur Vorbereitung dieser Antikriegswoche zentrale und örtliche Aktionskomitees zur gemeinsamen Durchführung der Antikriegswoche zu bilden.

Der RFB, als Organisation ehemaliger Frontkämpfer anerkannt, angelichts der nationalen und internationalen Situation die Notwendigkeit der von der Kriegsofferinternationalen vorgeschlagenen Maßnahmen und erklärt sich bereit zur Durchführung derselben beizutragen.

Darüber hinaus schlagen wir dem Reichsbanner vor, seine Organisationen anzuweisen

leicht schon praktische Maßnahmen gegen imperialistische Kriege vorzunehmen, indem sie gemäß dem Aufruf der Internationalen Arbeiterliga sich an der von dieser Organisation eingeleiteten Sammelaktion für die nationale Befreiungsbewegung in China zu beteiligen.

Wir wissen, daß das Reichsbanner seiner politischen Einstellung und seiner Führung nach eine bürgerliche Organisation ist. Wir wenden uns trotzdem an Sie als Bundesvorstand, weil Ihre Organisation sich zum größten Prozentsatz aus Arbeitern, Arbeitern und Angestellten rekrutiert, die im Reichsbanner heute noch den sichersten Wall gegen Reaktion und Kriegsgefahr sehen.

Ihrem Programm nach verpflichtet sich die Organisation des Reichsbanners zum Schutze der Republik. Für die jetzige Situation heißt das politisch ausgedrückt:

Kampf gegen die monarchistische Reaktion.

Diesen Kampf wollen auch wir als Rote Frontkämpferbund. Weiter gibt das Reichsbanner vor, gegen neue Kriege und Kriegsgefahren anzukämpfen.

Am der Reichsbannerführung Gelegenheit zu geben, zu beweisen, daß auch in diesen Kampf gegen den Krieg führen, will ich Ihnen, als Bundesvorstand, vor, auf der Grundlage des Aufrufes der Internationalen der Kriegsoffer, der Ihnen bekannt sein dürfte, Ihre Organisationen gewissermaßen und örtlich anzukämpfen, für die Zeit vom 26. Juli bis 2. August gemeinsame Kundgebungen im Reich gegen monarchistische und gegen die Kriegsgefahr unter der Parole "Krieg dem Kriege" gemeinsam mit unseren und anderen Arbeiterorganisationen zu veranstalten.

Wir sehen uns zu diesem Vorhaben um so mehr veranlaßt, weil wir den Bestrebungen der proletarischen Reichsbannerkameraden, eine einheitliche proletarische Klassenfront gegen monarchistische und Kriegsgefahr herzustellen, wie das in den letzten Wochen und Monaten durch gemeinsame Kundgebungen und Demonstrationen von RFB und RFB in den verschiedensten Teilen des Reiches zum Ausdruck gebracht wurde, im Interesse der proletarischen Bewandlung entgegenkommen wollen.

Wir sind der festen Überzeugung, daß ein großer Teil der proletarischen Mitglieder des Reichsbanners in einem solchen Vorhaben freudig beizutragen werden und auch im Falle der Ablehnung derselben durch den Bundesvorstand des Reichsbanners mit uns und mit der übrigen Arbeiterschaft die Aktion gemeinsam durchzuführen werden. Wir sind in der Annahme umso gewisser, als zahlreiche Reichsbannerkameraden in Berlin,

Hamburg, Muppertal und anderen Orten bereits spontan die Notwendigkeit der proletarischen Klassenfront gegen die Reaktion erkannt und durchgeführt haben, trotz entgegengelegter Weisungen ihrer Führer.

An die proletarischen Kameraden des Reichsbanners wenden wir uns auch an dieser Stelle, in der eingeschlagenen Linie zur gemeinsamen proletarischen Kampfessfront weiterzukämpfen und für, wie auch für unsere Vorschläge des Offenen Briefes an den Bundesvorstand des RFB, in ihrer Organisation tätig zu sein.

Wir schlagen Ihnen, als Bundesvorstand, nochmals vor, Ihre Organisationen anzuweisen, gemeinsame Kundgebungen unter der Parole:

Nieder mit der monarchistischen Reaktion!

Krieg den imperialistischen Kriegen!

mit uns und den übrigen Arbeiterorganisationen durchzuführen und erwarten Ihre diesbezügliche Antwort.

Mit Rot Front!

Bundesleitung des RFB,
J. U.: Ernst Thälmann,

Antwort Hörsings auf den Offenen Brief des Roten Frontkämpfer-Bundes:

An die Bundesleitung des Roten Frontkämpferbundes
Die Bundesleitung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold hat Ihren "Offenen Brief", in welchem Sie das Reichsbanner zu gemeinsamen Aktionen mit dem Roten Frontkämpfer-Bund gegen Reaktion, Kriegsgefahr usw. aufzufordern zur Kenntnis genommen. Sie lehnt dieses Ansinnen mit Entrüstung aus folgenden Gründen ab:

Als am 11. August 1919 durch die Weimarer Verfassung die Republik gesetzlich verankert wurde, war es Aufgabe aller zielbewußten Republikaner, sich für den Bestand der republikanischen Staatsform einzusetzen. Die Kommunistische Partei, die die Trägerin des heutigen Roten Frontkämpfer-Bundes ist, hat diese staatspolitische Pflicht nicht nur vernachlässigt, sondern in parteipolitische Verblendung den Kampf gegen die Republik und die Republikaner mit den schimpflichsten Mitteln geführt. Die Folge war ein Erstarken der reaktionären Kräfte innerhalb und außerhalb der Parlamente. Überall da, wo das kommunistische Gewaltregime zu verzeichnen war, trat in natürlicher Rückwirkung die reaktionären Organisationen in Erscheinung. So hat die Kommunistische Partei planmäßig für die nationalistische Agitation verbreitet und zum Erfolg der Reaktion bei der letzten Wahl des Reichspräsidenten geführt.

Angesichts dieser historischen Tatsachen ist es eine geradezu bodenlose Heuchelei, wenn von Ihrer Seite aus Anlaß der Wahl des Reichspräsidenten ein Aufruf zur Abwehr der reaktionären Gefahr festgestellt und zur Abwehr aufgerufen wird. Die Kommunistische Partei und mit ihr der Rote Frontkämpfer-Bund haben das Recht verlor, sich über diese Erscheinungen zu äußern. Denn alleinstimmig haben diese Erscheinungen durch die Aufstellung einer von vornherein ausschließlichen Sonderdelegation Thälmann und ihre wie sie Hege gegen die republikanischen Parteien und das Reichsbanner hervorgerufen. Es ist deshalb eine eitel Spiegelscheiterei, wenn Sie zur Abwehr selbst heraufbeschworesen Gefahren aufrufen. Die Kommunistische Partei hat mehr als einmal bewiesen, daß sie den Kampf um und für die Republik nicht ernst nimmt. Deshalb werden wir den Aufruf des Roten Frontkämpfer-Bundes zu gemeinsamen Aktionen lediglich als Versuch, die Aufmerksamkeit der deutschen Arbeiterschaft von der schweren Schuld abzulenken, die die Kommunistische Partei auf sich geladen hat. Wir müssen es entschieden ablehnen, sie in diesem Beginnen zu unterstützen, benutzen vielmehr diese Gelegenheit, dieses ihr unehrliche Spiel vor aller Öffentlichkeit zu brandmarken.

Soweit Sie aus dem aggressiven Vorgehen der Rechtsverbände gegen Angehörige des Reichsbanners die Notwendigkeit zu den gemeinsam gewünschten Aktionen herleiten, haben wir Veranlassung, Sie darauf hinzuweisen, daß auf diesem Gebiete der Rote Frontkämpfer-Bund den Rechtsorganisationen nicht nachsteht. Da wo der Rote Frontkämpfer-Bund in Erscheinung getreten ist, sind Beschimpfungen und Tätlichkeiten gegenüber Reichsbannerleitenden an der Tagesordnung. In Berlin insbesondere hat dieses Treiben Formen angenommen, die unsere Kameraden zu durchgreifenden Abwehrmaßnahmen zwingen. Ferner machen wir auf die unter Ihrer Führung unternommenen Versuche aufmerksam, die kommunistische Zerlegungsarbeit auch in die Reihen des Reichsbanners hineinzutragen. Beweise: Sie in unserem Besitz befindlichen vertraulichen Rundschreiben der Bundesleitung des Roten Frontkämpfer-Bundes. Es ist geradezu erstaunlich, daß Sie angesichts dieser Tatsachen es wagen, an das Reichsbanner zwecks gemeinsamer Aktionen heranzutreten.

Wenn wir nicht zuletzt aus Gründen der Selbstachtung gezwungen sind, gemeinsame Aktionen mit dem Roten Frontkämpfer-Bund abzulehnen, so wird davon die Stellungnahme des Reichsbanners zur Frage der Kriegsgefahr nicht berührt. Sie ist so bekannt, daß es sich erübrigt, sie hier zu wiederholen. Indem sich das Reichsbanner mit allem Nachdruck für den Schutze der Republik einsetzt und den nationalistischen Erörtern einen klaren Samen entgegenstellt, schafft es stärkere Garantien für den Frieden, als es alle Manifestationen der kommunistischen Partei und des Roten Frontkämpfer-Bundes vermögen.

Ein Wort noch zu Ihrem Hinweis auf die neben der monarchistischen Gefahr wahrzunehmende wirtschaftliche Offensivbewegung gegen die Arbeiter und Angestellten. Auch nach dieser Richtung hin hat die Kommunistische Partei alles andere getan, als die Arbeiter und Angestellten in ihrem Kampfe gegen Kapitalgeber, Lohnabbau usw. zu unterstützen. Sie und mit ihr der Rote Frontkämpfer-Bund sind ihnen im Gegenteil in den Rücken gefallen und haben sie durch Verleumdungspropaganda und wüsten Terror in ihrer Aktivität gebremst. Deshalb ist auch die Forderung gemeinsamer Aktionen in diesem Punkte aufgesetzt Heuchelei.

Unter Würdigung aller dieser Umstände erheben wir daher in dem Rufe des Roten Frontkämpfer-Bundes nach gemeinsamen Aktionen ein plumpes Agitationsmanöver, durch das Sie Ihren schwindenden Einfluß im Volke neu zu behaupten gedenken. Da Sie mit Ihrem Roten Frontkämpfer-Bund, der bei dem kürzlich in Magdeburg abgehaltenen Frontkämpfertag kaum 3000 Teilnehmer aus dem ganzen Reich auf die Beine brachte, wenig Ehre einlegen können, gedenken Sie das Reichsbanner zu Ihren parteipolitischen Zwecken benutzen. Darauf gibt es nur eine Antwort: Mit Organisationen, die wie die kommunistische Partei und der Rote Frontkämpfer-Bund sich bisher als die besten Bundesgenossen der Reaktion erwiesen haben, gibt es für das Reichsbanner kein Gelingen. Es steht als die Millionengeneration der deutschen Republikaner auf der Wacht für die Republik, bereit, sie gegen

alle Angriffe, von welcher Seite sie auch kommen mögen, zu verteidigen.
Drei Heil! J. U. (a. S.) Hörsing, Bundesvorsitzender.

Siehe Antwort des Vorsitzenden des Reichsbanners zitiert hier, daß das Reichsbanner von seinen Führern nicht als eine Organisation zum Kampfe gegen die imperialistische Kriegsgefahr gewertet wird, sondern als eine Organisation zur Unterstützung der imperialistischen Kriege. Sehr wird vielleicht manchem Arbeiter verständlich, warum diese östlichen Organisationen des Reichsbanners den Verlust machen, mit Stahlkammerorganisationen zu fraternisieren und weshalb in manchen Reichsbannerorganisationen der Geist der Reiterberete dominiert. Es ist zweifellos die Absicht der Reichsbannerführer, diese Organisation zu einer Prätorianergarde des Surbabatismus im Krisenfall gegen Sowjetrußland zu benutzen. Die schamlos antichristlichen Heuchelei der sozialdemokratischen Presse liefern hier für den hinreichenden Beweis.

Was hat Hörsing in seiner Antwort den deutschen Arbeitern zu sagen? Der Rote Frontkämpfer-Bund hat einen klaren Weg aufgezeigt im Kampfe gegen den Zollwucher, Steuerraub, Broterziehung und die Kämpfe des imperialistischen Imperialismus gegen Sowjetrußland. Dieser Weg kann von jedem ehrlichen Arbeiter beschritten werden. Jeder sozialdemokratische Arbeiter stellt instinctiv, daß hier ein Wegweiser aufgereicht wird, der das Ziel zeigt. Aber die sozialdemokratischen Führer wollen diesen Weg nicht und deshalb muß Hörsing durch eine wüste Kommunistenhege über seine wahren Absichten hinwegtäuschen. Hörsing ist der Mann, der im mitteldeutschen Ausruf das Wort geprägt: „Der erste Tag muß blutig sein!“ Er ist der Mann der deutschen Bourgeoisie, er hat für die deutschen Kapitalisten die Arbeiter niedergedrückt und in die Schützhauser geworfen, er hat zehntausende proletarische Familien ins Angerast gestürzt, er hat sich schamlos vor die Geländer der Unternehmer gestellt, als die Arbeiterschaft im Begriffe war, sich von der Kapitalistenheuchelei zu befreien.

So wie die proletarischen Reichsbannerkameraden im Kampfe gegen die Hakenkreuzer mit den Roten Frontkämpfern gemeinsam Sache gemacht haben, so werden sie auch die Kommunistenhege ablehnen. Wir sind überzeugt, daß die Arbeiter in den Reichsbanner innerhalb ihrer Organisation gegen dieses schamlose Solument aufs schärfste Stellung nehmen werden. Die Antwort der Reichsbannerarbeiter auf die triviale Spaltungskampagne Hörsings kann nur die energische Fortführung der gemeinsamen Aktionen mit den Roten Frontkämpfern sein. Am 2. August, an dem 11. Jahrestage der Wiederkehr des verbrecherischen Mördermenschen müssen die Reichsbannerkameraden, die so gut wie die Arbeiter vom Roten Frontkämpfer-Bund im Dreck und Schlamm der Schlingengräben gelegen haben, mit den Roten Frontkämpfern gemeinsam gegen den imperialistischen Krieg demonstrieren. Der 2. August muß beweisen, daß die Roten Frontkämpfer und die Arbeiter des Reichsbanners sich finden auf dem gemeinsamen Boden des Klassenkampfes und die Einheitsfront herstellen — trotz Hörsing und seiner kapitalistischen Auftraggeber!

Der heutigen Ausgabe unserer Zeitung liegt der „Rote Stern“ bei.



Sind denn da oben Eisbär'n feil?
Sie schütten uns ein reichlich Teil
Auf unsere gute Stadt herab
Und überall, Straß' auf, Straß' ab,
Von allen Säulen, allen Ecken
Sieht man den Eisbär'n schmunzelnd schlecken!
Was leckt er denn, sag' an, sag' an?
— Gemach, gemach, 's kommt alles dran!
So sag' es doch, so sag' es schon,
Was ist denn drin in dem Karton? —
Geduldet Euch nur noch ein Weilchen,
Dann schleckt ihr selbst, ihr Leckermäulchen!
'S ist Eskosan! der teure Name
Weckt überall, ob Herr, ob Dame,
In Schloß und Hüll', allüberall
Den allerlautsten Widerhall!
Denn Eskosan, bald allbeliebt,
Das ist das Feinste, was es gibt!
Was gibt es Bess'eres, gibt es zu —
Als süße Milch, frisch von der Kuh?
Was gibt es Bess'eres als der Rahm,
Den man der guten Milch entnahm?
Und dieser Rahm der Schöpfung Preis
Zu Schaum geschlagen, fest zu Eis
Bei 25 Grad gefroren,
Wird mit dem Feinsten eng vereint,
Was nur dazu geeignet scheint,
Von Sachverständigen anserkoren,
Da findet jeder, was er mag,
Für jeden Magen und Geschmack,
Für jedes Mitglied der Familie!
Da gibt es Himbeere und Zitrone
Und Ananas und Magerone
Und alles nur in bester Sahn!
Ein neues Zeitalter bricht an —
Man nenn' s' die Zeit des Eskosan!
Denn Eskosan erfrischt nicht nur
Und läßt im Körper keine Spur, —
Nein, Eskosan hat höh'ren Wert:
Es schmeckt, erfrischt, erquickt und nährt!
O Eskosan, du Zaub'rwort,
Du löstest ewig in mir fort,
Das überall entgegenschallt,
Das erste Wort, das Baby lallt,
Das Lotte murrnel in der Nacht,
Wenn Arthur zärtlich sie bewacht!
Das Wort der Zukunft ist foran!
Nur Eskosan! O Eskosan!!

**RAHMEIS-WERKE
SCHLESIEN E. G.
BRESLAU**

Gräbischenerstr. 10/
Tel. 046 3358-3350



Der zweite Tag der Frankfurter Olympiade

Frankfurt a. Main.

Während im Stadion die Altmanuskripten der teilnehmenden Länder um die Auscheidung kämpften, versammelten sich die Delegierten der Länder zu einer sogenannten „akademischen Feier“ im Palmgarten. Diese Feier war über alle Massen „akademisch“. Für den Klassenbewußten Arbeiterportier offenbare sich hier mit aller Klarheit die Hohlheit des Klasseinhaltes der Olympiade. Der Vorsitzende des Hauptauswahlschusses der Arbeiter-Olympiade dankte in einigen formellen Worten für die rege Beteiligung und habel vermaß er nicht, vor den Behörden den Dank für ihre Mitwirkung an der Olympiade auszusprechen. Nach ihm besang der Sekretär der Luzerner Internationale, der Müller, das Wort, welches Französisch sprach und den Mut fand, einige Male von Kampf gegen den Militarismus und Kapitalismus und Krieg zu sprechen. Bei dieser Rede von Festleger blieb es und der Liebesfeier schwächte die Französisch gebaltene Rede noch ab. Die größte Ovation dieser akademischen Feier bildete zweifellos das Auftreten eines preussischen Regierungsbeamten, der an Stelle des — man höre — eingeladenen katholischen Zentrumsparteimitglieds, Minister für Wohlfahrt Hertfelder, erschienen war. Was der Mann den Teilnehmern dieser akademischen Feier aussprach, war mehr als stark. Aber die Rede war so vortrefflich, daß es sogar manchmal beifällige Rufe für diesen preussischen Regierungsdirektor gab. Der Mann sprach sehr loyal und damit fing er die Teilnehmer. Zum Schluß sagte er sogar, den deutschen Arbeiterportieren den Dank auszusprechen dafür, daß es durch ihre Verbindungen mit Frankreich, England und Belgien möglich sein wird, für die Stimmerepublik gutes Wetter zu bekommen.

Nach dem Geheimrat sprach der sozialdemokratische Bürgermeister von Frankfurt. In demagogischen Redensarten sprach er über Volksgesundheit, Volkskraft, Körpererziehung des Säuglings und anderen Dingen mehr. Der Höhepunkt war die Konzentrierung seiner ganzen Rede auf die Ehrung der großen Verdienste des vorangegangenen Tages. In dieser Sache wurde sogar mit Erheben von den Plätzen geacht. Das zeigt wie sich die sozialdemokratische Bürokratie sicher glaubt, die Masse willenslos vor den sozialdemokratischen Parteifarren zu hängen. Eine weitere Rede wurde von dem vorangegangenen Tage bilden die Ausführungen des tschechischen Sozialpartei-Mitglieds Hans, der Vorsitzender des sozialdemokratischen Turnerbundes (SDT) in der Tschechoslowakei ist. Dessen Rede war nicht einmal in vollem Wortlaut zu überlesen, denn sie waren gelant gewesen, eventl. die Blut der deutschsprachigen Vertreter der Tschechoslowakei in Wallung zu bringen. An einer

Stelle betonte er, daß sie 1921 einen großen Kampf gegen die Kommunisten durchgeührt haben. Weiter machte er große Ansprüche für die tschechische Republik durch Aufkündigung einer internationalen Veranstaltung in Prag für 1927, wo sich die Ausländer durch Übergang von den tschechischen Nationalitäten nicht. Ob welche Parabel Der Spalter des tschechischen Arbeiter-Sportverbandes Gullier erhielt dann das Wort und machte ein paar oberflächliche Worte.

Wutenbrannt sprach Wächler aus Oesterreich. Er sollte erst das Wort nicht bekommen. Nach ihm sprach dann Pochak. Auch dieser sollte anfangs das Wort nicht bekommen. Da es eben tschechischen Schreud machte, daß zwei Vertreter der Tschechoslowakei auftraten. Er betonte mit großem Nachdruck, daß er einen Gruß der Arbeiterturner und Sportler der Tschechoslowakei deutscher Junge überbringt.

Der finnische Vertreter sprach in einfachen natürlichen Worten von der Notwendigkeit der internationalen Solidarität. Dagegen wirkte eigentümlich, wie der nuchterre Engländer Tom Orrom davon sprach, daß er die schönen „finken“ Stunden von Frankfurt nicht vergessen werde.

Zum Schluß sprach ein Schweizer auch in kurzen sachlichen Worten einen solidarischen Gruß.

Die ganze akademische Feier wurde eingeschüßt in die Landesfarben kapitalistischer Staaten. Selbst die Rednertribüne war mit schwarz-rot-gelb drapiert. Wenn dort wichtige Internationalisten und Klassenkämpfer gesprochen hätten, so wäre es ihre Pflicht gewesen, diese nationale Fahne der Hindenburg-Republik zu beseitigen. Aber aus der Feier sang kein wirklich inneres revolutionäres Bekenntnis zum altigen Kampf gegen die Herrschaft des Kapitalismus, gegen die imperialistischen Kriege und bürgerlichen Militarismus.

Der Festzug

Schon in den frühen Morgenstunden ist ganz Frankfurt auf der Beinen. Die tschechische Arbeiterportier streben den Aufstellungsläden der beiden Festzüge zu. Die Bevölkerung ist mit Stühlen und ähnlichem Mobiliar unterwegs, um in den Straßen Frankfurt und draußen an der breiten Allee am Stadtwache. Die zum Start führt einen einsamen Platz zu erhalten. 10 Kilometer lang ist die Strecke des Festzuges. Gegen 10 Uhr sind die Bürgerwege der Straßen stark besetzt. Kopf an Kopf gedrängt steht die Masse. Sie unterstützt von starken Kommandos des Reichsbanners, das der Spitz unterteilt ist, haben den Straßen-Samm frei. Das Reichsbanner hat sich die'er polizeilichen Unterstützungsmittel möglich zu zeigen versucht, durch „schönebiges“ Vor-

gehen. Subelnd werden die über 35 000 Festzugsteilnehmer begrüßt. Der Festzug hat durch diese riesigen Massen zweifellos einen nichtalltäglichen Eindruck bei der Bevölkerung gemacht. Ein farbenprächtigtes Bild: die Laufende Arbeiterportier in Sportbekleidung und an der Spitze der einzelnen teilnehmenden Länder und Kreise des deutschen Gebietes die vielen Banner der Vereine. Auffällig war dieser Festzug lediglich ein Sportprogramm, bestimmt die zahlenmäßige Größe zu zeigen. Die Olympiadeorganistator haben alles versucht, den proletarischen Charakter der Arbeiterportierbewegung zu verwischen. Aber immer und immer wieder bris man die Beken der „Internationalen“, die besonders mächtig wirkten, wo die Sportler in 18 er Reihen die Straßen durchschritten. Besonders stelen die Arbeiterportier des Ruhrgebietes auf. An der Spitze konnte man ein großes Transparent: „Wir kommen aus dem Ruhrgebiet!“ lesen. Und dann folgten weiter rote Transparente: „Krieg dem imperialistischen Kriege!“ „Nieder mit dem Jollwücher!“ „Fordert die Umwälzung der proletarischen Kämpfer!“ „Arbeiterportier, erkläre dich im Interesse der Volksgesundheit den Weltkriegen!“ „Für die internationale Einheit der Arbeiterportierbewegung!“ Zahlreiche Ruhrkumpels trugen auf dem Turnhemd einen Sowjetstern aufgenäht. Dafür aber demonstrierte die einstige „rote Kavallerie“ des Proletariats, der Arbeiterportierverbund „Solidarität“ für die schwarztrotgelbe Hindenburg-Republik! Schwarz-rot-gelb waren in der Mehrzahl ihre einheitlichen roten Schärpen.

Draußen im Stadion füllten sich nach dem Festzuge die weiten Räume mit Zuschauern. Überall ballten sich die Massen: um die Kampfbahn, um den Freilübungsplatz, um die Schwimmbahn, um die Kampfbahn der Radfahrer. Insgesamt müdet es wohl über 100 000 gewesen sein.

Eine Lebende Schachpartie, die in die Zeit der großen französischen Revolution 1789 zurückführt, eröffnete in der Kampfbahn die Veranstaltungen. Die revolutionären Kämpfer schlugen nach Überung ihrer besten Kämpfer den Königssturm. Alsdann nahmen die Arbeiterturner Aufstellung zu den Massenübungen. Lenza tschechische Ausdrucksübungen der Turnerinnen folgten. Beide Vorführungen gefielen allgemein und lösten lebhaften Beifall aus. 8000 Turner, 2500 Turnerinnen aus den verschiedensten Landesteilen zu einer solchen Einheitslichkeit und Diszipliniertheit in der Ausführung dieser Übungen zu vereinen das zeugt von den organisatorischen Fähigkeiten der tschechischen Turner. Sie wurden der Aufgabe in glänzender Weise gerecht, und der Beifall war der Dank für die vorausgegangene mühsame Kleinarbeit.

Verantwortlich für den gesamten Festzug Richard Schulz, Breslau; Inserate: Arthur Müller, Breslau; Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft, G. m. b. H., Breslau; Druck: Neuraag-Perle-Druckereistalle Breslau.

Schauspielhaus
Operettenbühne
Telephon Ring 2545

Täglich 8 Uhr:
Gesamtgastspiel
des
Wiener Ronacher-Theaters

**Hallo!
Hallo!**

Grosse
Ausstattungs-Revue
in 14 Bildern

Fischhoff
3
Reste-Tage

Donnerstag, Freitag,
den 30. u. 31. Juli
Sonnabend,
den 1. August

Breslau, Ring 43

ledem
vorwärtsstrebenden
Arbeiter
sind die
Ankündigungen
unsrer
Buchhandlung
ganz besonders zu
empfehlen

Ziehung am 19. und 20. August
zugunsten des Bundes
erblindeter Krieger

Geld-Lotterie

Gewinne bar ohne
Abzug = Markt

120 000
60 000
40 000
20 000
10 000
5 000

Viele Gewinne zu 1000 Mark usw.
Bestellen Sie sofort Original-Lose
à Markt 3.30. Zu haben bei:

Herbert Keller
Hamburg 36
Stephansplatz

EUGEN LEVINÉ

SKIZZEN,
REDE VOR GERICHT
UND ANDERES

Das Buch enthält Skizzen Eugen Levinés aus seiner Kerkerszeit, die wichtige Rede dieses proletarischen Helden vor dem Sondergericht in München und anderes.

Für Mitglieder: 1.00 Mk.
für Nichtmitglieder: 1.25 Mk.

Im Buchhandel:
broch. 1.— Mk.
gebund. 1.50 Mk.

VERLAG DER JUGENDINTERNATIONALE
Rudolf-Schönbacher-Str. 67

Zu beziehen durch:
Frankfurter Literatur-Vertriebsstelle
Köln

Max Trebortner
Breslau 10, Zschöcker Str. 59
Postfach Breslau Nr. 31576

Konsumenten für Freiburg in Schles. und Umgegend e. G. m. b. H.

General-Versammlung

Mittwoch, den 29. Juli
abends 8 Uhr
im Gasthof „Zur Hoffnung“

Der wichtigen Tagesordnung wegen bitten wir um zahlreiches Erscheinen

Der Vorstand.

Biochemie

Dr. med. **Ida Heil** Naturheilverfahren
Homöopathie, gärtliche Pflanzensäfte
und Kräuter-Kuren
R. Rettelbach, Tel. Nr. 12. Ohle 3164
Sprockhöfen 9-12 u. 1-6, Sonntag 10-12

Beste Empfehlungen

Deutscher Begräbnis-Vericherungs-Verein
eig. Ver. d. Nuzer Reichsanstalt Reichsbändig

Kapital zur Bestattung sofort verfügbar

Eigene größte Hinterlassenschaft. Festlegungsdauer längstens 10 Jahre, kann befristet sein. Nach Zahlung kann eine Summe unbeschränkter Bestattungskosten aus der Bestattungsversicherung. Auf Wunsch werden gebaute Bestattungen von 7-20 Lebensjahre. Beste Empfehlungen, tschechische tschechische Bestattungen

Verlangen Sie kostenlose Zusendung unserer ausführlichen Schriften oder Vertreterbesuch

Beerdigungsanstalt vom G. Heymann
Inhaber: Max Gelpert
Breslau 4, Mollerstraße 55/57
Telephon Ring 120

Zweigsche Gräbiger Straße 57

Eigener Gräberfriedhof
Hinterlassungen
Bestattungen

Bezugsstelle für Breslau
und Hauptgeschäftsstelle für Oberschlesien

Zahlreiche freiwillige Dankgaben

Schlesische Wäschefabrik
Ullrich & Krause
Dickhufstraße Nr. 2
schräg über der Lutherkirche

liefert Bett-, Leib- und
Tischwäsche reell u. billig

Woeben ist ? erschienen.

Warum
Arbeiter-Delegationen
nach Rußland?

Preis nur 10 Pfennig

Diese kleine Broschüre muß in den Kreisen der Arbeiter weiteste Verbreitung finden; jeder Funktionär muß mindestens ein Exemplar an einen Nichtkommunisten abgeben, denn sie zeigt diesen den Weg, auf dem die auseinandergerengten Arbeiterscharen wieder in einer Front gesammelt werden können.

Bestelle jeder Literaturobmann sofort zum Massenvertrieb in seinem Ort bei der

Proletarischen Literatur-Vertriebsstelle
Max Zischner, Breslau, Trebnitzstr. 50

Westf. Metallhüttenwerk

sucht zum sofortigen Eintritt
einen tüchtigen

Meister

weicher langjährige Betriebs-
Erfahrung in der Verarbeitung
von Aschen, Krätzen etc. zu
Weißmetallen besitzt.

Offerten u. Chiffre A. M. 1600.

Lokales

Allgemeine Zellenderammlung

Donnerstag, den 30. Juli, abends 7 Uhr im Roten Löwen, Kupfer-Schmiedestraße. Partei- und Gewerkschaftsbuch legitimiert.

Achtung! Kassierer!

Die Bezirksleitung hat in ihrer Sitzung vom 27. Juli folgenden Beschluß gefaßt:

- 1. Alle Marken einschließlich der vorhandenen Extramarke werden bis zum 30. Juli eingezogen und an die B.L. jurid. gelandt.
2. Nach dem 30. Juli müssen eventuell Restanten die erhöhten Beiträge zahlen.
3. Neue Marken werden gemäß der vom 10. Bezirksparteitag in Breslau beschlossenen Richtlinien (S. 3. g. II.) von der B.L. herausgegeben.
4. Neue Marken erhalten nur solche Ortsgruppen, die ausdrücklich erklären, daß sie alle Marken einschließlich der Extramarke abgeführt haben.
5. Das Konto der Ortsgruppen wird nach Einlauf der alten Marken gelöscht und ein neues an Hand des Markenverfalls dem 1. August eröffnet.
6. Gemäß des Beschlusses des Unterbezirks Striebsberg beschließt die B.L. vom 1. August 1925 ab rechnen die Ortsgruppen direkt an die B.L. ab.
7. Die dem Unterbezirk gehörenden 5 Prozent der abgeführten Beiträge sind von der Ortsgruppe direkt an den Unterbezirk zu zahlen.

Achtung! Ausweise!

Es befinden sich noch im Bezirk Schlesia alte Ausweise der Partei im Umlauf, nach denen eine Reihe von Genossen berechtigt sind, Gelder für die Partei in Empfang zu nehmen.

Wir machen ausdrücklich darauf aufmerksam, daß alle diese Ausweise von nun an ungültig sind. Zahlungen haben nur an die Bezirksleitung zu erfolgen. (Postkontokonto 113 96.)

Die Bezirksleitung.

Zollwucher - Kundgebung des ADGB in Strehlen

Am 22. d. Mts. rief der Ortsausschuß des ADGB Strehlen zu einer Demonstration und öffentlichen Kundgebung gegen die Zollwucher auf. Als Referent war der Sozialdemokrat Hanske aus Breslau vorgesehen.

Als der Genosse König als zweiter Redner sprechen wollte, verließen die Gewerkschaftsdelegierten ihn mit Gewalt daran zu hindern. Besonders tat sich der Bezirksleiter der Steinarbeiter, Häusler, hervor, indem er den Genossen König tätlich angriff und verhaftete, ihn von der Freitreppe des Rathauses herunterziehen wollte.

Korruptionen und kein Ende

Der Fall Heinze und der Breslauer Magistrat

Breslau, 29. Juli.

Herr Oberbürgermeister Wagner hat wirklich Recht. Seit dem Fall Meher vergeht in Breslau kaum ein Monat, an dem nicht ein neues Skandalchen in der städtischen Verwaltung aufgedeckt wird.

Das Presseamt mußte zwar bei den sich häufenden Fällen von Korruptionen und den damit verbundenen anstößigen Dementis etwas mehr Routine im Abklingen und Abschwächen derartiger Skandale haben.

Obwohl es feststeht, daß durch den Inspektor Heinze eine große Anzahl von Personen geschädigt worden sind, obwohl der Beschuldigte bereits in Haft sitzt, scheut sich das Presseamt, den Namen des Schurken bekannt zu geben.

Durch allgütige Vertrauensseligkeit einem Angestellten der Städtischen Bank gegenüber sind einige Kunden der Bank nicht unerheblich (1) geschädigt worden.

Wir haben bereits bei den Fällen Meher und Gänzel immer wieder darauf hingewiesen, daß die Unterschlagungen beim Magistrat nicht allein zurückzuführen sind auf die Schuld korrupter Beamter.

Eine nicht unerhebliche Schädigung nennt das Presseamt die Unterschlagung von 16 000 Mark in einem Falle.

Wir fragen daher, was hat der Breslauer Magistrat nach dem Fall Meher nach den Feststellungen der Untersuchungskommission getan, um die Kontrolle der städtischen Finanzen zu verschärfen?

Wandern mit Eise an der Küste entlang, um den Leuchtturm blinken zu sehen. In einem Sonnabendnachmittag gingen sie fast vier Stunden ununterbrochen an der Küste entlang.

Zwar hat der Magistrat im Jahre 1923 mit Steuergeblenden eine städt. Verwaltungshilfe eingerichtet. Diese hat manchen armen Teufel, der in größter Not ein Stück Kohle oder Holz nach Hause nahm, „ermittelt“.

Parteiveranstaltungen

- Vol.-Org.-Selle und Kassierer der 8. Verwaltungsbereichs: Am Mittwoch, dem 29. Juli, abends 7 Uhr Sitzung im Parteibüro.
- Bezirk Nord. Werbenoche-Material abholen am Mittwoch, dem 29. Juli, abends 7 Uhr bei Gierschner, Michaelstr. 14.
- Bezirk Nordost. Generalappell für den Roten Tag am Mittwoch, dem 29. Juli, abends 7 Uhr auf dem Baugewerkschaftsplatz (früher Waisfeld).

Kommunifischer Jugend-Verband

Treffen aller Mitglieder am Mittwoch, dem 29. Juli, abends 8 Uhr im „Minoritenhof“ zur Besprechung der nächsten Aufgaben.

Roter Frontkämpfer-Bund

Roter Jungsturm. Zur Vorbereitung einer Reihe von Veranstaltungen fordert die R.F. die Kameraden auf, Mittwoch, abends 8 Uhr im „Minoritenhof“ zu erscheinen.

Versammlungsanzeigen

- 37. Breslau. Definitive Mitgliederversammlung mit Wahlberechtigung am Mittwoch, dem 29. Juli, abends 8 Uhr im „Hubertushaus“.
- Unterbezirk Striebsberg. Die Kandidatur-Besprechung wird verlängert.

Ein Obbitmenwunder

Der Roman einer Illusion. Von Otto Müller-Gisla.

Am späten Nachmittag gab es meist Konzerte und damit verbunden einen großen Strandbummel, der für Rosa zum reizvollsten Teil des Badebetriebes gehörte.

Inmitten dieser Tage grenzenloser Freude und absoluter Zerknirschtheit erlebte Rosa noch einen besonderen Tag. Eine Wanderung mit Eise an der Küste entlang, um den Leuchtturm blinken zu sehen.

Wandern mit Eise an der Küste entlang, um den Leuchtturm blinken zu sehen. In einem Sonnabendnachmittag gingen sie fast vier Stunden ununterbrochen an der Küste entlang.

„Drollig“, sagte Eise zu Rosa, die ihn verlegen ansah, „dieser Alte, ich frage ihn, ob man hier Zimmer bekommen kann und er fragt ohne weiteres: „mit zwei Betten?“

kam, bemerkte er tatsächlich nicht, in welchem Bette Rosa lag und mußte alle vier Betten absuchen.

Am nächsten Vormittag kamen sie auf der Rückwanderung an eine Stelle der Küste, wo Fischer immer ein paar Meter hinaus führen, ein Netz auswerfen und es wieder nach dem Strand herüberziehen.

Eise entgegnete ihr, daß Fische ja Kaltblüter seien und nichts fühlen, doch Rosa entgegnete: „Und wenn auch, das kann niemand genau wissen, ob ein Fisch Schmerzen hat, wenn er zerschnitten wird.“



Betrieb und Werkstatt

Betriebsberichterstattung ans Werk!

Durch die langen Parteitageberichte, die wir in unserer Zeitung veröffentlicht haben, wurde u. a. besonders unser Betriebsrat in Mitleidenschaft gezogen. Nunmehr werden wir wieder täglich eine Seite Berichte aus Betrieb und Werkstatt veröffentlichen, um die Arbeit unserer Genossen in den Betrieben zu erleichtern. Wir erwarten daher, tägliche Berichterstattung über alle Vorkommnisse in Betrieb und Werkstatt. Die Veröffentlichung der Betriebsberichte liegt im besonderen auch im Interesse der Betriebszellen. Die Arbeit unserer Betriebsberichterstattung hat sich schon recht lobenswert gemacht. Daher wächst die Zahl unserer Berichtersteller immer mehr an.

Jetzt gilt es, erneut zu schreiben. Abends, wenn die Genossen nach Hause kommen, heißt es, die Feder in die Hand genommen und einige Zeilen für unsere Zeitung geschrieben. Die Betriebsberichtersteller sind mit die besten Propagandisten für die kommunistische Bewegung. Keine Partei berichtet aus dem Leben und den Qualen der Arbeiter im Betriebe. Die kommunistische Presse muß in direkter Fühlung mit den Männern an der Drehbank und im Schacht bleiben.

Darum Genossen, an's Werk. Schickt ab heute wieder eure Berichte pünktlich ein.

Mit kommunistischem Gruß
Die Redaktion.

Die Grubenbesitzer wollen Verlängerung der Arbeitszeit

Eugensdorf in Dittersbach.

(Von unserem Betriebsberichtersteller.)

Auf dem Eugensdorfer wird von der 6. auf die 7. Kohle ein Schicht abgeteilt. Früher wurde hier in drei Schichten gearbeitet, als aber infolge der Hungerlöhne viele Bergleute die Grube verließen, und die Kohlenförderung zurückging, wurde das eine Drittel aufgelöst und die Leute in die Kohlearbeit gestellt.

Als die Kameradschaft in drei Dritteln arbeitete, ging die Arbeit folgendermaßen vor sich: In der Mittags- und Nachmittagschicht wurde nur gehöhrt und geschlagen und in der Frühschicht wurden die Bergleute transportiert. Diese Arbeitsverteilung, die an sich sehr praktisch ist, ist es mit der kleineren Kameradschaft in nur zwei Dritteln unmöglich durchzuführen. Nichtsdestoweniger ist dieses das Ziel der Aufsichtsbearbeiter. Da die Mittagschichtler in der regelmäßigen Schicht mit dem Bohren und Schöpfen nicht fertig werden, werden sie immertrotz entfordert, länger in der Grube zu bleiben. Für jede Überstunde wird ihnen ganze 4 Pfennige gegeben. Auf diese Weise verdrängen die Grubenbesitzer, die Beförderung, die früher drei Drittel ausmachten, auf zwei Dritteln heranzuziehen.

Die Beförderung haben sie ohne den Wert gemacht. Denn bis jetzt hat sich noch keiner gefunden, der nach der regelmäßigen Schicht noch eine Überstunde gemacht hätte.

Haltet fest an der Achtstundenschicht und fordert darüber hinaus!

Her mit der Siebenstundenschicht!
Her mit einer anschließenden Vorkesselpfropfung!

Beg mit den Überstunden und Verächten!

Eugensdorf in Dittersbach.

(Von unserem Betriebsberichtersteller.)

Zur Streichung ihres Zieles — Verlängerung der Arbeitszeit — wenden die Beamten der Grubenbesitzer, d. h. die Herren Geiger und Jähreiger nicht bloß Drohungen und Schlägen an, nein, sie verheizen auch zu hiesigen. Als eines schönen Tages in der 6. Abteilung die Aufsichtselbe nicht ging, und deshalb die Kohlenförderung erst um 11 Uhr anfangen konnte, so ließ der Geheime kurz vor Schichtende in der Abteilung umher und bei der Kumpels in Nebendamm Zone:

„Ich bitte Euch, bleibt eine Stunde länger da. Wir wollen das Verächte nachholen.“

Geht nun festgestellt werden, daß sich ein Teil der Kameraden tatsächlich bereit erklärt, eine Stunde länger zu arbeiten.

Das darf nicht sein, Kameraden! Verweigert jegliche Überarbeit, denn dadurch untergräbt ihr eure eigenen Interessen. Je mehr Überstunden Ihr macht, desto leichter ist es den Grubenbesitzern nachzuweisen, daß der Schichtlohn im Eugensdorfer Kohlenbezirk höher ist, als wie wir es aus der Praxis wissen.

Ausperrung der Maurer auf der Judysarbe Weißstein

(Von unserem Betriebsberichtersteller.)

Die durch Fernwärmannehmer beschäftigten und in der Grube arbeitenden Maurer sind seit acht Tagen ausgeperrt. Der Grund zur Ausperrung war die Verweigerung der Grube, die laut freier Vereinbarung zwischen den Bauernernachern und dem Bauarbeiterverband der Maurer stehende Lohnsteigerung zu zahlen. Von der Ausperrung sind jetzt 30 Mann betroffen.

Beschlechterung des Arbeitsmarites in Niederösterreich

In der zweiten Woche des Monats Juli, kurz die Zeit der Arbeitslosen vom 2136 bis 2174. Umrechnung erhitzen davon nicht ganz 500. In der Landwirtschaft sind zu Waldenburger Kohlenbezirk, bezahlte hatte Nachfrage nach Lebensmittel. Es ist verhältnismäßig wenig, was der Arbeiter in der Landwirtschaft und in Waldenburger Mangel an Arbeitern herrscht. Die Parteien ziehen es vor, lieber ohne Arbeit langsam zu verdienen, als bei voller Beschäftigung zu hungern und bei der gefährlichen Erntearbeit zu verunglücken.

602 Unterdrückten

Der Herr Reichsrat hat uns geschrieben: Nachdem wir uns offiziell an eine ganze Reihe von schließlichen Grubenbesitzern wegen Unterdrückung der Arbeiter für die Kohle aber vergeblich vergeblich begeben, so wenden wir uns nunmehr an den Reichsrat. Wir bitten um eine Untersuchung der Verhältnisse in der Kohlenindustrie. Die Kohlenbesitzer haben sich durch ihre Unterdrückung der Arbeiter in der Kohlenindustrie einen Namen gemacht. Die Kohlenbesitzer haben sich durch ihre Unterdrückung der Arbeiter in der Kohlenindustrie einen Namen gemacht. Die Kohlenbesitzer haben sich durch ihre Unterdrückung der Arbeiter in der Kohlenindustrie einen Namen gemacht.

Traten, 7 Kommunisten und 470 Parteilose. Das ist ein sehr guter Erfolg. Die parteilosen und die sozialdemokratischen Arbeiter zeigen damit, daß sie trotz bürgerlichen und sozialdemokratischen Zeltungsgeheiß besser wissen, was sie ihren Klasseninsten schuldig sind.

Die Arbeiter und die Genossen der anderen Betriebe sollten sich an diesen beiden Betrieben ein Beispiel nehmen.

Zustände in der Polizeischule Frankenstein

Von einigen an den dortigen Kursen teilnehmenden Polizeibeamten wird uns berichtet:

Wir werden auf dieser Polizeischule nicht wie Beamte, sondern wie Rekruten behandelt, trotzdem wir alle schon mehr als 7 Jahre dienen. Es sind unter uns Beamte mit mehr als 40 Lebensjahren. Sie werden nach allen Regeln der Kunst geschlagen. Es fallen dabei Ausdrücke wie: Affe, Brantkuchen, es kackert wie Hammelscheiße usw. Dies hauptsächlich beim Sport und Wasserausbildung (des Exerzieren). Abends gibt

Arbeitskollege!

Arbeiterin!

Der 2. August ist Guet Tag!

Er soll der Ausdruck Eures Kampfwillens gegen alle neuen Völkermegereien, gegen weitere Ausbeutung und Verelendung sein.

Darum gehört jeder Klassenbewußte Arbeiter, jede darbennde Arbeiterin am 2. August nicht in die Kirche oder in das Wirtshaus, sondern nach Breslau, Hindenburg OS., Görlitz und Landeshut zum Roten Tag auf die Straße, unter die

roten Fahnen des Proletariats

es Straßappells — um 7 Uhr antreten mit irgendeinem Befreiungsruß bis um 8 Uhr der Offizier kommt und nachsieht, so daß die Beamten nicht mal abends dienstfrei sind. Es ist noch schlimmer als zu Wilhelm's Zeiten.

Obstmann George und Seufzer Roman sowie Witzmeister Wetzke ma sich bei all diesen Dingen besonders hervor. Letzterer hätte zur Wahl Hindenburg's schwarz-weißrot aus seiner Dienstwohnung gesagt. Ein Zeichen der dort herrschenden Verwahrlosung.

Obwohl diese Dinge bereits schon in der Presse erwähnt worden sind, hat sich darin nichts geändert.

Herr Arbeit! Sie haben doch behauptet, in der Schappolizei wird nicht eiert. Bittrecht überzeugen Sie sich einmal von der Unrichtigkeit Ihrer Worte in bezug auf Polizeischulen, bei denen aber der in Frankenstein. Der Vollständigkeit halber sei berichtet, daß der Leiter der Schule, Ueberschuer, sehr menschlich denkt und handelt und an den oben geschilderten Zuständen keine Schuld trägt.

Im roten Butilomwert

Von Max G. rindi, Uppeln.

Mitglied der Arbeiterdelegation in Sowjetrußland

Leningrad, den 16. Juli 1925.

Zwei volle Tage beschäftigte die gesamte deutsche Delegation, darunter in den mit Kommunisten geteilt, das größte Eisenwerk Leningrads.

Die Belegschaftsgröße betrug 1913 ungefähr 9000 Mann, ging zur Zeit des Bürgerkrieges auf etwa 1300 zurück und beträgt heute genau 9228 Mann. 25 Prozent der Gesamtbelegschaft sind Mitglieder der kommunistischen Partei. Die Dienstverhältnisse, die bis vor einem Jahre noch im Werk vorherrschen waren, bejahlos in einer Versammlung einstimmig ihre Auflösung, da sie Gelegenheit hatten, sich von der Tatsache zu überzeugen, daß die Sowjetregierung eine wahre Arbeiterregierung ist. Von den im Werk tätigen 1800 Jugendlichen fand 70 Prozent Kommunisten. Der Direktor des Werks ist ein ehemaliger Modellbauer, der bereits seit 20 Jahren in der Fabrik arbeitet und ebenfalls ein altes Mitglied der kommunistischen Partei Rußlands ist. Auch heute ist er noch von keinem Arbeiter an Kleidung und Umgang zu unterscheiden. Die Arbeiter sind ohne Unterschied stolz auf ihren roten Direktor.

Die Arbeitszeit beträgt wie in allen Betrieben Sowjetrußlands acht Stunden und in gesundheitschädlichen Abteilungen sechs Stunden. Die Arbeitszeit, die früh um 8 Uhr beginnt, wird nur durch eine halbe Stunde Mittagunterbrochen.

Der Verdienst beträgt im Durchschnitt 70 Rubel, das heißt 1428 Bl. im Monat. Die Miete beträgt 10 Prozent des Verdienstes. Hauseigentümer gibt es nicht mehr, da sämtliche Häuser in Staatsbesitz übergegangen sind. Die Frau erhält bei gleicher Leistung den gleichen Lohn.

Der Urlaub beträgt für alle Arbeiter 14 Tage für ältere und jugendliche 4 Wochen, sowie für Säuglingsarbeiter. Die Arbeitszeit der Jugendlichen beträgt sechs Stunden und

zwei Stunden täglich Unterricht in der Arbeiterfakultät.

Der Betriebsrat setzt sich aus 24 Mitgliedern zusammen, von denen 3 freigestellt sind. Ohne den Betriebsrat darf kein Arbeiter eingestellt und entlassen werden. Jede wichtige Veränderung darf nur mit dem Einverständnis des Betriebsrates geschehen. Im Streitfall entscheidet der Zentralrat derjenigen Gewerkschaft, in welcher die Arbeiter eines Betriebes organisiert sind.

Die Produktion des Butilomwertes besteht in Walzeisen, allen Arten Gußeisen, den verschiedensten Halb- und Fertigfabrikation. Mit aller Energie führt man sich jetzt auf den Automobil- und Traktoren- sowie Lokomotivbau. Von letzteren wird an jedem fünften Tag eine moderne sechsachsige Dampflokomotive fertig. Bei unserer Beschäftigung war gerade ein neuer Typ von einer Lokomotive fertiggestellt, die mit Del gefeuert wird, 9 Achsen hat, 120 Kilometer Stundengeschwindigkeit hat und 80 Wagen ziehen soll.

Das Verhältnis vom letzten Arbeiter bis zum Direktor ist ein durchaus kameradschaftliches und nicht angenehm ab von dem, was in Deutschland und ganz besonders auf der Eisenbahn üblich ist. Obwohl allen Mitgliedern der Delegation auf einstimmigen Antrag einer Betriebsversammlung, in der wir zugegen waren, anheimgestellt wurde, nicht mehr nach Deutschland zurückzuführen, da wir sofort eingestellt würden, halten wir es doch für unsere proletarische Pflicht, zurückzuführen. Ich selbst habe Euch sehr viel zu berichten, da ich hier den Beginn einer neuen Zeit feststellen durfte.

Reformistische Spaltungsverbrechen

(Von unserem gewerkschaftlichen Mitarbeiter.)

Freiburg, 20. Juli.

Einer der von den Reformisten am meisten gehähten oppositionellen Gewerkschaftler war unser vorjähriger 2. Vorsitzender des Baugewerkschafts Kollege B. Hennig. Nachdem er in der letzten Generalversammlung der Baugewerkschaft durch allgemeine und geschlossene Wahlordnung gegen wenige Stimmen in der Minorität blieb, setzte von Seiten des nun völlig aus Reformisten bestehenden Vorstandes ein müßiger Hebel der Schwindelgebäude gegen H. ein. Noch größer war die Mühe als Kollege H. die Erwerbslosen wieder fest und organisatorisch zusammenzufassen und dabei den Reformisten oft unangenehme Wahrheiten sagte. Schon bei dem letzten Streik wurde ihm nichts angedacht, trotz des schärfsten Protestes unserer Genossen in geistlicher und gemeiner Weise entgegengetreten. (Siehe offenen Brief im Mai 1925 an die Baugewerkschaft Schwabens in der schlesischen Arbeiter-Zeitung.) Trotzdem wagte man sich noch nicht an einen Ausschluß heran. Jetzt jedoch, nachdem Genosse H. nach fast zweijähriger Erwerbslosigkeit wieder kurze Arbeit gefunden hatte, die ihn infolge der Arbeitszeit von dem Versammlungsbesuch abhielt, hielt man die Zeit für gekommen. In der Mitgliederversammlung am 23. 7. wurde ein Sach und plötzlich der Ausschluß von H. beschlossen. Anwesend waren von über 800 Mitgliedern etwa 40-45 Personen. Als Ausschlußgrund wurde angegeben: Verstoß gegen § 16 der Bundesstatuten (Kommunistenparagraf) und Nichtzahlung der Beiträge. Wo ein Kollege, der erwerbslos ist, dabei noch ausgegliedert, muß nach Ansicht der Reformisten von 6.000 Mark Armenunterstützung noch Gewerkschaftsbeiträge zahlen.

Kollege H. war von diesem Ausschluß ganz ahnungslos und ist auch nicht benachrichtigt worden. Selbstverständlich wurden heute auf allen Baustellen heftige Debatten geführt und so stellte es sich heraus, daß das müßige Auftreten des Kollegen H. in der letzten öffentlichen Gewerkschaftsversammlung (wobei die von ihm eingereichte Tages-Anträge am Vorstandstische zertrümmert wurden) der Hauptgrund zum Ausschluß waren.

Für uns oppositionelle Kollegen heißt es nun: Auf zum Kampf für die Zurücknahme des Ausschlusses! Wir werden nächste Woche öffentlich alle Bauarbeiter dazu auffordern, Stellung zu nehmen. Wir werden trotzdem nicht müde werden und trotz des Ausschlusses weiter für die Revolutionierung unserer Gewerkschaft eintreten. Trotz alledem!

Kauf. Ein Festzug der Gewerkschaften. Der gewöhnliche Sonntag hatten die Gewerkschaften ihr alljährliches Gewerkschaftsfest. Selbstverständlich fand auch ein Umzug durch die Straßen zum Festort statt. Aber dieser Umzug war keine Demonstration der Klassebewußtheit der Gewerkschaftler, wie wir das von früheren Jahren gewohnt waren, sondern ein stupides Laufen durch die Straßen mit schwarz-rot-goldenen Fahnen und sonstigen bürgerlichen Klängen. So sah man z. B. Festwagen der einzelnen Berufs, welche die Berufsverherrlichten. Im heutigen kapitalistischen System ist jedoch kein Arbeiter sein Beruf, denn der Hundelöhnen wird nur für den Profit eines einzelnen gesucht. Freude im Beruf und an der Arbeit wird die Arbeiterchaft erst dann haben, wenn sie selbst die Macht in den Händen hat und für gesamte Gesellschaft produziert. Auf welcher freundschaftlichem Fuße die Gewerkschaften mit den Unternehmern stehen, beweist die Fabrikation der Hütte, welche die Direktion den Metallarbeitern für ihren Umzug zur Verfügung stellte. Die Schamotte ist jedem Klassenbewußten Arbeiter angelehnt solcher Dinge ins Gesicht geschrieben. Wir hoffen, daß die Revolver Arbeiter eine Lehre daraus ziehen und mit den verbürgerlichten Gewerkschaftsführern ordentlich abrechnen.

Weißstein. Grubenunfall. In der 28. Abteilung des Hans-Heinrich-Schachtes in der Grubendelle des 27. Flzes Unglücke in der Frühschicht der Hauer A. r. m. t. g. Kurz nach der Einfahrt, als der Hauer sich vor seinem Arbeitort befand, brach das Oberlohl ein und verschüttete ihn. Der untertuchende A. r. stellte einen Würfelstückenbruch fest. Im bewußtlosen Zustand wurde der Verunglückte in das Knappschachtslazarett transportiert. In seinem Aufkommen wird gewährleistet. Vermutlich ist 32 Jahr alt und Familienmutter.

Es vergeht kein Tag, an dem nicht von einem Grubenunfall gemeldet wird. Trotzdem finden es die Grubenbesitzer ganz in Ordnung, daß die Bergarbeiter nur Hungerlöhne erhalten.